

Die Dreizehnte Kirchensynode hat auf ihrer 7. Tagung folgende Resolution beschlossen:

Migration menschenwürdig und gerecht gestalten

Synode und Kirchenleitung der EKHN treten für eine Versachlichung der Flüchtlingsdebatte ein

In der aktuellen Debatte über Migration und Geflüchtete werden vielfach Fakten verdreht, wird pauschalisiert, wird bewusst Stimmung gegen Geflüchtete gemacht und werden mittlerweile Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien offen infrage gestellt. Die Synode und die Kirchenleitung der EKHN widersprechen mit Nachdruck diesen Stimmen und treten für eine Versachlichung der Debatte ein. Sie fordern eine Migrations- und Flüchtlingspolitik, die realistisch, faktenbasiert, vor allem aber menschenrechtsorientiert ist.

Falsche Behauptungen wider besseres Wissen zerstören den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, wichtig sind die Fakten:

- Keineswegs fliehen alle Menschen nach Europa. In weltweiter Perspektive betrachtet werden die allermeisten Menschen im eigenen Land vertrieben oder fliehen in Nachbarländer.
- Menschen, die Flüchtlingen uneigennützig helfen, sind keine kriminellen Schlepper. Sie handeln menschlich und verteidigen die Menschenrechte und den Rechtsstaat.
- Die pauschale Forderung von Abschiebungen ist keine Problemlösung, zumal bei Abschiebungen oft die Menschenwürde verletzt wird.
- Deutschland braucht Zuwanderung, wenn unser Alltagsleben funktionieren und die Wirtschaft zukunfts- und wettbewerbsfähig bleiben soll. Dazu kann auch die Integration Geflüchteter beitragen.

Migration ist keine Frage von Ja oder Nein, sie ist vielmehr Teil und Motor der Menschheitsgeschichte. Ohne Migration gäbe es keine jüdisch-christliche Tradition und keine Kirchen. Ohne Migration gäbe es keine modernen und innovativen Gemeinwesen. Unsere Gesellschaft ist nicht nur geprägt durch das Kommen, Gehen und Bleiben von Menschen, sie ist das Ergebnis von Migration. Worum es deshalb nur gehen kann und gehen muss, ist die menschenwürdige und gerechte Gestaltung der Migration.

Dazu gehört aus Sicht der Synode und der Kirchenleitung die unbedingte Orientierung an den Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien. Weil die Würde von Menschen nicht angetastet werden darf und nicht verhandelbar ist, muss das individuelle Recht auf internationalen Schutz garantiert und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt bleiben. Die historischen Errungenschaften der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Statt einer immer weiteren Abschottung müssen legale und sichere Fluchtwege geschaffen werden. Menschen auf lebensgefährlichen Fluchtwegen zu schützen und gegebenenfalls zu retten, ist und bleibt Aufgabe der europäischen Staatengemeinschaft. Zur gerechten Gestaltung der Migration gehören nicht zuletzt die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierungen und die Gewährung gleicher Chancen und gleicher Rechte für alle.

Die Synode und die Kirchenleitung fordern alle an der aktuellen Debatte Beteiligten dazu auf, Menschenwürde und Demokratie in die Mitte zu stellen und bei den Fakten zu bleiben. Migration ist nicht die Ursache aller aktuellen Probleme unserer Gesellschaft. Migration ist nicht die Bedrohung, der wir Demokratie, Menschenrechte und die offene Gesellschaft opfern müssten. Migration ist vielmehr eine Herausforderung, die menschenwürdig und gerecht gestaltet werden muss und gestaltet werden kann.

Frankfurt am Main, 28. November 2024

gez. Dr. Birgit Pfeiffer
Präses der Kirchensynode